

Beilage zu Nummer 145 der Volksstimme.

Freitag den 23. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 23. Juni 1916.

Eine sehr notwendige Verfügung.

Durch eine am 21. Juni vom Bundesrat beschlossene Verordnung soll dem Überhandnehmen der Verwendung von Pappe und ähnlichen widerstandsfähigen Stoffen für lebernes Stechen- schuhung Einhalt geboten werden. Für einzelne Schuhstücke eignen sich bewährte Kunsstzeugnisse ebenso gut wie Leder, und unter den heutigen Verhältnissen muß mit dem Leder so viel als möglich gespart werden. Wenn aber die Knappheit und der hohe Preis des Leders die Fabrikanten veranlaßt hat, sogenannte strapazier- stiefel mit Pappehüllen in den Verkehr zu bringen, so ist das eine Insitite, unter der sowohl die Verbraucher leiden als die Händler; sie wird auch insofern höchst unvierschäflich, als durch den schnellen Ver schleiß solcher Stiefel das brauchbare Leder, das sie enthalten, ungenügend ausgenutzt wird. Solche Lederverwirrung ist gegenwärtig durchaus verhältnißig. Deßhalb ist nunmehr für den Absatz und die Lauffahrt die Verwendung von Pappe usw. überhaupt verboten, die Stoffsohle und die Hinterklappe müssen überwiegend aus Leder bestehen, Absätze ohne kräftige Oberfläche aus Leder sind unzulässig.

Die Verordnung tritt erst in 2 Wochen in Kraft, damit die schon begonnene Fabrikation zu Ende geführt werden kann und daß durch die Bearbeitung in Anspruch genommene Leder erhalten bleibt für eine reichlich bewährte Übergangszeit bleibt der Vertrieb der nachweislich bereits hergestellten minderwertigen Schuhe erlaubt, aber nur unter deutlicher Kennzeichnung der an Stelle von Leder verwendeten Stoffe.

Es ist notwendig, daß auch unsere Leute diese wichtige Ver- ordnung beachten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, ange- schmiert zu werden.

Wuchernde Gemüsebauern und der Kölner Erzbischof.

Der Generalstabschef der Gemüsebauern in der Umgebung Kölns, die infolge der neuen Reichspreise die Städte Köln und Bonn einfach ohne Gemüse liefern, hat derartige Erbitterung erzeugt, daß sich jetzt der Kölner Erzbischof in einem Eloge an die Bäuerer gegen die Wucherer wendet. Niemand könne, so heißt es darin, etwas dagegen tun, wenn die Gemüsebauern einen der allgemeinen Teuerung entsprechend höheren Preis nähmen; wenn man aber Betrieben hohe Preise fordere oder gar vom Markt zurückhalte, so müßte diese mit den christlichen Sittengesetzen und dem 7. Gebot unvereinbare Ausdeutung der augenblicklichen Notlage der Bevölkerung auf das schärfste gemäßigt werden. Es würde un- erträgliche Verhältnisse und endlich auf die Dauer eine empfindliche Schädigung der städtischen Bevölkerung selbst zur Folge haben, ganz abgesehen davon, daß auch durchgreifende Abwehrmaßregeln er- forderlich sein würden.

Wie sehen überall die gleiche Erscheinung. Darum müssen allgemein Höchstpreise eingeführt werden, die aber nicht nach der allgemeinen Teuerung, sondern nach den jeweiligen Produktionskosten sich richten müssen. Dann werden die Gemüsebauern allerdings minderes Interesse am Bau von Gemüse haben, aber wenn die Bauern nur wollen, kann auch hier entsprechend nachgeholfen werden.

Strafliche Benutzung des Lades erlaubt. Der Stellvertretende Kommandierende General des 18. Armeekorps hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1861 bestimme ich für den mit unterstellten Stadtbereich und - im Einvernehmen mit dem Gouverneur - auch für den Befehlshaber der Festung Mainz: Jede Benutzung von Fahrrädern zu Vergnügungsabsichten (Spazierfahrten und Ausflügen), sowie zu Sportzwecken wird verboten. Fahrradrennen auf Rennbahnen dürfen stattfinden, wenn sie mit vorsichtigen sogenannten Rennreifen (geschlossener Gummireifen ohne Luftschlauch) aus- geführt werden. Rundfahrtdienstungen werden mit Gefängnis bis

zu einem Jahre und beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

Es handelt sich nicht um ein allgemeines Verbot der Benutzung von Fahrrädern, sondern nur um das Verbot von Vergnügungs- und Tourenfahrten. Der fernere Benutzung des Lades zu geschäftlichen Zwecken, zur Erreichung der Arbeitsstätte, seitens der Schulsjugend auf dem Wege von und nach der Schule, zu geschäftlichen Besorgungen seitens Hausangestellter, Dienstboten, Auslaufern, gewöhnlichen Arbeitern steht nichts im Wege. Dagegen dürfen keine Ausflüge und Spazierfahrten mehr per Rad unternommen werden. Genaue Ausführungsbestimmungen werden in aller Kürze erlassen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Hanau, 23. Juni. (Schwurgericht.) Der vierter Verhandlungstag wurde von einem Weinidsprozeß ausgefüllt, der gestern noch nicht zum Abschluß gelangte. Auf der Anklagebank sahen die Witwe Anna Bouronus von hier wegen Verleitung zum Weinid und die Ehefrau Margarete Berg, Stellvertreterin von hier, wegen wissenschaftlichen Weinids. Beide Frauen sind bereits ver- bestraft. Frau Bouronus läßt denken, die nicht alle werden, den Schleier der Zukunft, wofür sie schon öfters mit einem Strafbesuch bedroht wurde. Gegen einen Strafbesuch im Juli v. J. erhob sie Einspruch, erschien aber nicht rechtzeitig zu dem auf 9 Uhr morgens angefechteten Schöffengerichtstermin. Infolgedessen wurde die Revision, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß, einfach verworfen. Ms. Frau Bouronus nach der Urteilsverkündigung erschien, wurde sie an die Strafzammer verwiesen. Vor dieser Instanz stellte sie das Schöffengerichtsurteil mit der Begründung an, daß in der Ladung zum Termin die Stunde nicht auf 9 Uhr, sondern auf 9½ Uhr angegeben gewesen sei. Die Sache wurde ausgesetzt und im Dezember v. J. wieder vor dem Schöffengericht verhandelt. Inzwischen hatte ein Chemiker festgestellt, daß auf der Ladung die 9 und das ½- Zeichen von zwei verschiedenen Personen und mit verschiedener Tinte geschrieben seien. Ebenso bezeichneten zwei Gerichtsbeamte, das ½- Zeichen nicht geschrieben zu haben. Dagegen erklärte die Stellvertreterin Berg unter Eid, sie sei dabei gewesen, als Frau Bouronus die Ladung öffnete, und habe gelesen, daß der Termin auf 9½ Uhr anberaumt war. Auf Grund dieses Bezeugnisses wurde Frau Bouronus damals von der Anklage der Verhandlungsfeststellung freigesprochen. Inzwischen veränderte sich aber der Verdacht gegen die beiden Frauen, so daß sie beide verhaftet und unter Anklage wegen Weinids bzw. Verleitung zum Weinid gestellt wurden. Zu der Verhandlung sind 23 Zeugen geladen; als Sachverständige sind die Herren Gerichtschemiker Dr. Böse (Frankfurt a. M.) und Sanitätsrat Dr. Seligmann (Hanau) zugezogen.

Hanau, 23. Juni. (Beim Spielen tödlich ver- unglückt) ist derjährige Hugo Gauß des Bäckermeisters Lorenz von hier. Der Knabe hatte am Mittwoch nachmittag mit zwei Ackergenossen im Steinbruch bei Wilhelmshöhe gespielt, wobei sich die Kinder am Rollwagen zu schaffen machten. Der Wagen lief gegen die Felswand und drückte dem kleinen Lorenz den Brustkorb ein. Anstatt schnell Hilfe herbeizuholen, ließen seine Spielkameraden davon und machten den bedauernswerten Eltern erst gestern früh Mitteilung von dem Unglücksfall. Der Junge wurde tot in dem Steinbruch aufgefunden.

Hanau, 23. Juni. (Der Speckverkauf) in den städtischen Fleischverkaufsstellen erfolgt bis auf weiteres nur noch gegen Abgabe von Zettimarken. Auf Fleischwarenmarken wird kein Speck mehr verabfolgt. Auf eine Zettimarke entfallen bis zu 150 Gramm Speck.

Ried, 22. Juni. (Under Leitung Gemeindevertreter- sichtung) wurde der gesuchtmäßig ausreichende Beigetragende Wagner einstimmig auf weitere sechs Jahre wiedergewählt. Versprochen wurde die Aufbringung des Anteils von 1000 Mark für den Wiederaufbau im Kreis Stollnöpken. Im Anschluß hieran beschloß man, einen Ausschuß des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung am hiesigen Orte zu bilden. Eine Anfrage des

Gemeindevertreters J. Bauer betreffs der Kanalisation wurde vom Bürgermeister mit Verlesen eines von der Regierung eingegangenen Bescheids beantwortet. Der Bescheid löste eine lebhafte Dis- cussion aus.

Soden a. T. 22. Juni. (Schwester zusammenstoß) Am steilen Neuenhainer Berg fuhr in der Dunkelheit ein Radfahrer eine Frau um. Beide stürzten zu Boden und erlitten schwere Verletzungen, die sofortige ärztliche Behandlung erforderlich machten.

Arnsdorf, 22. Juni. (Brandungslüft.) Beim Herdenholzen fingen die Kleider der Bergmannstochter Wilhelm Koch Feuer. Es gelang zwar beherrschten Personen, die Flammen nach langer Zeit zu ersticken, doch erlitt die Frau schwere Brandwunden am ganzen Leibe.

Westerburg, 22. Juni. (Totgefahren) Im Steinbruch von Rothenbach wurde der neunzehnjährige Arbeiter Albert Hof von einem schwerbeladenen Steinwagen überfahren und getötet.

Aus Frankfurt a. M.

Die Kartoffelnot wird noch größer!

Die Berichte, die in den letzten Tagen durch die Presse gingen, daß in einer Reihe Großstädte die auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Kartoffelmengen um die Hälfte herabgesetzt werden mußten, weil die in Aussicht gestellten Lieferungen plötzlich unterblieben, ließen darauf schließen, daß auch in Frankfurt a. M. ähnliche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Vorsorgliche Haushälter, besonders solche, die mit dem Börsengeld nicht besonders rechnen müssen, nützen die Zeit und decken sich nach Möglichkeit mit diesen jetzt unentbehrlichen Erdfrüchten gut ein. Auf dem Kartoffelmarkt konnte man nach dieser Richtung allerhand Beobachtungen anstellen. Das Schreckliche, was der minderbemittelten Bevölkerung widerfahren konnte, ist nun leider Wahrheit geworden, denn vom Lebensmittelamt ging der Presse folgende Notiz zu: wir erhielten die Notiz erst nach Veröffentlichung der Zeitung und werden deshalb beim Lebensmittelamt Beichtwerde einlegen, weil durch diesen Umstand ein großer Teil der Bevölkerung mit noch etwas dem Kartoffeleinsatz in Verzug kam. Red. d. Volksst.:

Leider ist nun auch für Frankfurt eine Herabsetzung der auf den Kopf zustehenden Kartoffelmengen um die Hälfte notwendig geworden, nachdem schon eine ganze Reihe anderer Städte, u. a. auch Berlin und Breslau, zu dem gleichen Schritt gezwungen werden sind. Auf Grund der in Aussicht gestellten Lieferungen glaubte man ohne Einschränkung bis zur neuen Ernte durchkommen zu können. Die Lage hat sich aber in den allerletzten Tagen durch zugespielt, daß eine von der Reichskartoffelleiste ganz bestimmte ausgesagte große Lieferung aus dem Osten nun doch nicht erfolgen kann. Ein Ertrag für die verringerte Kartoffelmenge soll durch erhöhte Brotausgabe geschaffen werden. Die sogenannten 10 Pfund-Kartoffelscheine sollen nur noch zum Bezug von je 5 Pfund Kartoffeln auf den Schein gelten. Für jede ausfallenden 10 Pfund Kartoffeln wird ein Brotschein zum Bezug von 750 Gramm ausgegeben. Um diese Brotscheine zu erhalten, sind die 10 Pfund-Kartoffelscheine, welche nach wie vor bei den städtischen Kartoffelstellen gegen die bis zum 17. Juli gültigen Rentnerscheine eingetauscht werden können, der zuständigen Brotkommission vorzulegen. Die Brotkommission verabfolgt für jeden 10 Pfund-Kartoffelschein einen Brotschein. Zur Erleichterung des Umtausches sollen außerdemweise die für die Zeit vom 12. bis 20. Juni ausgegebenen Brotscheine auch noch in den beiden nächsten Wochen zum Bezug begültigkeits haben. Die der Brotkommission vorgelegten 10 Pfund-Kartoffelscheine werden gleichzeitig von der Brotkommission mit einem K-Stempel versehen; sie gelten dann nur noch zum Bezug von 5 Pfund Kartoffeln bei allen Kartoffelbäckereien. Umgescempelt. Scheine haben keine Gültigkeit, und es dürfen die Händler gegen dieselben keine Kartoffeln verabfolgen. An die Kleinhändler werden von den städtischen Verkaufsstellen

Kleines Feuilleton.

Frankfurter Theater.

Opernhaus. Vor Beginn der Ferien gibt es noch Gastrollen in Halle und Füllie, auch einige Opernspielen auf Engagement. Als ein unzufriedener Bewerber ist Herr Karl Siegler vom Hamburger Stadttheater anzusehen, der am Dienstag den Eleazar in der "Jüdin" und gehörte den Pedro in "Ließland" sang, beides Rollen, die früher Herr Hagen zu seinen besten zählte. Ganz verfügt Herr Siegler nicht über ein besonders großes Organ, der Übergang von Hochstimme ist zu wenig ausgeglichen, die hohen Tagen können auch keine Schmelz zeigen, doch ist die Stimme durchaus bildungsfähig und gut ansprechend. Seine größere Stärke liegt aber in einer recht temperamentvollen Darstellung. Es war wirklich ein Genuss, diesen Sohn der freien Berge so fröh und frohlos, so natürlich spielen zu sehen, der voll Selbstzufrieden nach dem Weibe ins Ließland sang, wo er in die Tiefe der menschlichen Leidenschaften hineinwälzte, denen er aber mit männlicher Kraft trogt, ihrer Leidet wird und sein ertragenes Glück mit in die einsamen Berge nimmt. In Frau Genthner-Fischer (Maria) fand er eine leidenschaftliche Partnerin; beide dichten sich in den großen Beifall zu gleichmäßig tollen Hauzen teilen. Die übrige Belebung der Rollen ist gleichfalls recht gut: Herr von Scheidt (Sedatino), Herr Schneider (Tommo) und Frau Voennegut die kleine Hölle.

h-h.

Portraitähnlich.

Der französische sozialistische Abgeordnete Brizon hatte in voriger Woche unter dem Titel "Ein schlechter Präsident" für "Le Bonnet Rouge" ein Charakterbild entworfen, das er als das des Präsidenten der französischen Republik bezeichnet, ausgab. Die Presse erkannte aber offenbar in ihm sofort das Bild eines andern republikanischen Präsidenten, denn sie unterdrückte den Artikel bei hoher Strafstrafe! Da der Abgeordnete Brizon nun aber durchaus ein Bild zu Nutz und Frommen des französischen Volkes der Öffentlichkeit vorlegen wollte, so nahm er die Gelegenheit der Amtierung der neuen, von der Regierung geforderten Kredite in der Kammer wahr, um es zur Kritik der Renturbehörde von der Rednertribüne der Kammer verlesen und auf diese Weise es durch das Staatsblatt selbst dem französischen Volke bekanntzugeben. Denn an das Staatsblatt reicht die Macht der Presse nicht heran. So unterbreitete er der Kammer folgendes Porträt:

Der schlechte Präsident:

Ich meine den von China. Als er vor einigen Jahren gewählt wurde, sagte jemand: Er wird uns den Krieg bringen. Er war ein armelloses, kleines Menschen. Unsere Zeitungen haben längst sein Bildnis gebracht. Sie haben es geliebt. Er war höchst. Noch schlimmer: Sein lächerliches Neuherr spießte seine innere Ehrbarkeit wider. Wäre dem nicht so, so würde ich nicht von seiner Gestalt sprechen, die eben so kurz war, wie seine Ideen, noch von seinem Herzen, das ebenso trocken war, wie sein Spiegel. Ein unberührter Egoismus verhüttete seinen kalten Blick. Menschen dieser Sorte sind instande, ein ganzes Land und ganze Generationen ihrem schändlichen Zuhören zu öffnen. Ein angelloser Ehrgeiz blieb und trug seine ganze Persönlichkeit. Um diesen Ehrgeiz näherte er konstnt seine Eitelkeiten. Er hielt sich für einen Redner. Man hörte. Er war aber bald. Er hielt sich für einen Finanzgenie und hielt diese Illusion bei Hofe eine Stellung an. Bald sah man, daß er als Blinder über die Farben urteilte. Er wollte Minister des Auswärtigen sein und wurde es, aber der Wohlhaber des großen Reiches des weißen Bären bediente sich seiner, wie es heißt, als Papagei, und im Jahre 1908 verabschiedete die Kaiserin enttäuscht seinen Anwalt als Bediensteten. Der andere. Wir 20 Jahren war er Mandarin in dem Mandarinentum der Württemberge. Einer der schönsten Tage seines Lebens war jedoch der, wo die Hölle ihm die Palme der Akademie überreichte und ihn neben sich in einer Art weltlicher Kongregation von grünen Mandarinen mit weißem Federdeckelspitz Platz nehmen ließen. Seine Eitelkeit dachte sich auf Kosten seines Platzes entwickelt. Bei der geringsten Gelegenheit verbarg er sich im Hinterhof. In der Gorge um seine Populärität hatte er in der chinesischen Republik die soziale Szenur wiederhergestellt und sich entschlossen dahinter verschrankt. Um die Provinzen seines Reiches zu durchziehen, wollte dieser Unglückspräsident seine Persönlichkeit und seinen armellosen Körper unter dem Gepränge der entthroneten Kaiser verbrennen. Und für diesen vergolddeten Kleiderkram, für diese Eitelkeit und seinen Nutzen verriet der Präsident mit dem leichten Herzen die Republik, diente der Realität und bediente sein Vaterland in Blut. Ludwig XVI. hatte einst bei uns das gleiche getan. Er war unser erster "schlechter Präsident". Der Nationalkonsort machte es ihm am 21. Januar 1793 begreiflich. Aber seither haben wir in Frankreich die Gewohnheit solcher "ein wenig harter Operationen" verloren. Heute ist der schlechte Präsident nur noch eine untergegangene Sonne. Es lebe die Republik! Nieder mit der Monarchie! Der schlechte Präsident ist tot.

Die Sozialisten spendeten nach einem radikalen Blatt dem Porträtmaler auf der Rednertribüne Beifall, während die übrigen Abgeordneten sich schweigend verhielten, ein Beweis, daß sie es das Bildnis nicht nur sehr gut erkannt hatten, sondern es wahrscheinlich im wesentlichen auch nicht als verzeichnet ansehen. Selbst Präsident Poincaré wird es erkennen, ohne notwendig zu haben, sich vor den Spiegel zu stellen.

Schirwindt als ostpreußische Denkmäler.

Der Vorschlag, Schirwindt in seinem verwüsteten Zustand zu erhalten, war auch vom "Deutschen Willen" (Kunstwart) befürwortet worden. Gegen die Einwendungen, die dagegen erhoben wurden, antwortet Averarius im ersten Nummern des "Deutschen Willen": Im 1. Februarheft hatten wir den Vorschlag weitergegeben und befürwortet, daß vor den Mauern zerstörte Städte Schirwindt als ein Nationalsdenkmal der furchtbaren Zeit so zu belassen, wie die Außen es angerichtet haben. Dagegen wendet sich im "Vortrupp" R. Fehling. Die Folge von derartigen Errichtungen könnten sehr leicht Spekulationen sein: "Wo den erschütterten Wanderer vom Steinbruch die allerhöchsten Gewinnmöglichkeiten ins Land." Wenn Schirwindt als Nationalsdenkmal erst eine Sehenswürdigkeit geworden ist, wer will es hindern, daß Geschäft und Spekulation daraus ihre Folgerungen ziehen? Und selbst, blieben wir davon verschont, ist es so gewitzt, daß seine Ruinen das bleiben werden, was sie doch sollen: eine Klage und Mahnung, wenn erst Natur mißlieblich mit Moos und Efeu ihren Schönheitscharakter über sie breitet und die Gegenwart zur Vergangenheit das hatte und doch so gesunde Worte sprechen wird: "Der Lebende hat recht?" Oder wolle man die Ruinen etwa lästiglich in ihrem grauenvollen Zustand erhalten? Wir brauchten, meint Fehling, ganz andere und eindrucksvollere Mittel, um die Erinnerung an die Rüffelzeit Schirwindts bei unsern Nachkommen wachzuhalten, die Erhaltung Schirwindts in seiner Beständigkeit sei ein künstliches. Dann spricht er von den Gräbern der Gefallenen. Was das "künstliche" anbetrifft: ich würde niemals dazu raten, die Ruinen sozusagen frisch zu erhalten. Darauf, daß man sie dem Willen der Natur überläßt, ist gewiß nichts Künstliches. Wir haben in der Tat für spätere Zeiten eine Ruinenstadt Schirwindt im Auge gehabt, die sich in Efeu und Busch und Baum häuft. Dass sie dann ebensoviel wie etwa das Heidelbergische Schloß noch einen grauenvollen Zustand zeigt, macht für mein Gefühl den Gedanken des Ein- fenders nicht minder wertvoll, sondern mehr. Was die Geschäftsspekulationen um Maße der Vergangenheit betrifft, so müssen sie eben als solche bekämpft oder verhindert werden, wo sie stören - davon haben wir im "Kunstwart" oft gesprochen. Aber das geht doch kaum an, daß man die Wale selbst, Wale irgend welcher Art nur deshalb nicht wünscht, weil die Geschäftsspekulation sie zu mißbrauchen sucht. Wäre das zulässig, so müßten wir das Heidelbergische Schloß, den Kölner Dom, das Leipziger Denkmal selber aus eben den Gründenwegwünschen, die unser Herr Begier anführt.

Kartoffeln nach wie vor genauerweise abgegeben, jedoch werden ungestempelte 10 Pfund-Kartoffelscheine nur bis zum 26. Juni angenommen. An abgestempelten Scheinen sind von den Kleinhändlern 20 Stück für 1 Rentner einzuliefern.

Die Einschränkung des Kartoffelverbrauches hat sich trotz aller Bemühungen der städtischen Behörden um Verschaffung größerer Mengen nicht umgehen lassen. Wir hoffen, daß die Erhöhung der Bevölkerung es der Bevölkerung ermöglicht, über die kurze Zeit bis zum Beginn der Frühkartoffelernte hinwegzukommen. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Abstempelung der Kartoffelscheine und der Bezug der auf dieselben auszugebenden Brotscheine in den Brotkommissionen täglich bis zum 15. Juli erfolgen kann. Im Interesse einer glatten Bedienung des Publikums und um den Brotkommissionen das Geschäft nicht unnötig zu erschweren, bitten wir daher dringend, wo es irgend möglich ist, nicht gleich in den ersten Tagen zu den Brotkommissionen zu gehen, sondern den Umlauf möglichst auf die nächste Woche zu verteilen. An die besser gestellten Kreise richten wir aber die dringende Bitte und Mahnung, sich, soweit es irgend geht, mit anderen, wenn auch teureren Nahrungsmitteln zu beschaffen, um die dadurch ersparten Mengen von Brot und Kartoffeln in erster Linie den unbedingtsten Bürgern zugute kommen zu lassen.

Wie gesagt, die arbeitende Bevölkerung wird nun auch noch diese bittere Ruh zu finden haben. Denn von was leben in den letzten Monaten die Arbeiterfamilien? Von Kartoffeln ausschließlich, und zwar kommt sie solche nur in kleinen Mengen reichen. Wohl wenige Familien der unteren Volkschichten werden im Keller noch über größere Vorräte verfügen. Und nun droht eine solch rapide Herabstufung; das kann zur Katastrophe führen, wenn nicht in irgend welcher Form Erleichterung wird. Das wird, wie Sachkundige behaupten, schwer möglich sein, und doch muß es eine Möglichkeit geben. Nur ein Brotschein auf jeden 10-Pfund-Kartoffelschein kann unter keinen Umständen genügen. Es muß dringende Aufgabe der Kommission sein, Erleichterung zu schaffen.

Wir haben keinen Grund, die Situation schwärzer als schwarz zu malen. Aber Tatsachen feststellen, ist gerade in dieser ersten Zeit unsere Pflicht! Und daher sagen wir, wenn die Kartoffelmengen in ganz Deutschland wirklich so knapp sind, dann auch garnicht daran zu denken ist, daß die Bevölkerung so lange durchhalten kann, bis die Frühkartoffelernte da ist. Und die wird auch nur einem Trocken auf einen heißen Stein gleichen, wenn man weiß, daß die Durchschnittsverbraue in Deutschland an Frühkartoffeln nur 12 000 000 Rentner beträgt. Diese Menge kann höchstens 14 Tage reichen, was geschieht aber dann? Aus dem Appell an die besser gestellten Kreise, sich mit teuren Nahrungsmitteln zu beschaffen, wird erfahrungsgemäß nichts herausdringen. Richtigter wäre es nach unserer Ansicht gewesen, die gesamte vorhandene Kartoffelmengen nur der minderbelebten Bevölkerung bis zu einem gewissen Einkommen zu belassen. Gerade deshalb, weil naturngemäß in diesen Haushalten aber auch keinerlei Lebensmittelvorräte anzureifen sind. Besonders notwendig ist auch, sofort die Unterstützung der Kriegerfamilien um ein beträchtliches zu erhöhen. Sonst ist es diesen Familien unmöglich, Erleichterung für den Kartoffelausfall an Gemüse usw. zu kaufen. Die Gemüsepreise halten sich tatsächlich auf einer fast unbeschreiblichen Höhe. Aufgabe der zentralen Kriegsversorgung muß es sein, sofort die nötigen Maßnahmen zu ergreifen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber auch aussprechen, daß hier wieder etwas nicht mit rechten Dingen ausgeht. Gelegentlich der letzten Bevölkerungsaufnahme im April wurde triumphierend ausgestellt, daß an eine Kartoffelknappheit niemals zu denken ist, weil sich geradezu ungeheure Überfülle an Kartoffeln ergeben hätten. Die „Röda. Alsa. Ria.“ schrieb dazu, daß die tatsächlichen Kartoffelmengen noch höher sein müßten, weil die Landwirte erfahrungsgemäß ihre Vorräte eher zu niedrig als zu hoch angeben. Naum sind nun zwei Monate ins Land gegangen, da sind fast keine Kartoffeln mehr aufzutreiben. Da müssen wir doch mit Recht fragen, wo die Kartoffelmengen hingewandert sind! Hat man wirklich, um „die Valute zu beben“, solch gewaltige Mengen ausgeführt, daß man jetzt vollständig blank dasteht. Nach den Erfahrungen mit der RCG. ist das nicht ausgeschlossen. Dann sollte man aber — wir wollen nicht soweit gehen, wie sich heute morgen in der Straßenbahn einige Frauen äußerten — gründlich mit dem eisernen Besen auslegen. Wo ist übrigens die Leitung des neuen Kriegernährungsamtes; hat Herr v. Potoch sein „Reformwerk“ noch nicht vollendet; fehlen ihm etwa noch immer einige tüchtige Fräuleins an der Schreibmaschine? Wir sind mit einem großen Teile der Bevölkerung einverstanden, der sagt, weniger Reisen und Reden halten wäre besser: „Handeln ist Pflicht!“ Nichtia zugegriffen, denn wir sind überzeugt, es sind noch arme Mengen Kartoffeln in Deutschland vorhanden, nur scheint den lieben Wucherern ihre Zeit noch nicht gekommen zu sein. Diese Meinung ist in der Bevölkerung und auch bei Sachkundigen stark verbreitet. darum ist es Aufgabe der Reichsregierung und der Behörden, besonders bei den großen Landwirten und Rittergutsbesitzern, die Waffen anzuwenden, die sonst bei geringfügigeren Anlässen anderen Kreisen gegenüber so scharf benutzt werden. Gleichzeitig das nicht, dann stehen wir vor einer Katastrophen, wie sie die Geschichte noch nicht kennt!

Diebstahl des Börs. In eine Wirtschaft kam ein Soldat mit einem Paket und nahm an einem Tische Platz, an dem der Arbeiter Robert Neil saß. Neil, ein alter Tisch, schwammte um das Paket herum. „Hm, so Soldaten bringen als was Geräuchertes mit, wenn sie von Urlaub kommen, denn auf dem Lande, da hat's immer noch was.“ Raum war der Soldat einmal zur Tür hinaus, um den Hof aufzutun, da schlug sich Freund Neil mit dem Paket seitwärts in die Bürste. Er erlebte eine schwere Enttäuschung: nicht die kleinste Wurst war darin, sondern nur Wäsche und dergleichen und nun noch 15 Monate Gefängnis dran! — Die Monistoffrau von Friedreich hatte fünf Monate eine Arbeitsschule in der A. wie der Vorlesende an der Strafammer bemerkte, wie ein Auto gehoben hat. Also, was man an Möbeln und Wäsche in einem Haushalt braucht, hieß sie mitgehen, vom Böschlich bis zum Koblenzraben mit Feuerhaken. Schnupfgerüchte ließ sie natürlich, feineswegs untersagen. Vacum sollte sie sich nicht mit einem Armband im Werte von 350 Mark, mit goldenem Ober- und Ringeringen schmücken! Und eine goldene Uhr mit dito Röste zierte jede Dame. Die Strafammer erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Die gefälschte Befestkarte. Vor einigen Wochen wurde der Möbelkonsorteur Gustav Herbert, weil er hinterher mehr für den Möbelwagen verlangt hatte, als ausgemacht war, von der Strafammer wegen Erpressung zu einem Jahre und vier Monate Gefängnis verurteilt. Sein Agent war der Kaufmann Ludwig Hugo Dörm, der in einem der damals zur Anklage stehenden Fälle ein bisschen durch Fälschung der Befestkarte mitgewirkt hatte. Das kam in der Verhandlung gegen Her-

bert an den Tag. Dörm wurde von der Strafammer wegen schwerer Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Schuhmacher-Verbandstag über Krieg und Gewerkschaften.

Am zweiten Verhandlungstag begann mit einem Referat Simons die Aussprache über Krieg und Gewerkschaften. Simon sagte, er wolle die Ursachen des Krieges, und ob er nicht verhindert werden können, nicht untersuchen, sondern sich nur mit der Frage beschäftigen, welche Einwirkung der Krieg auf die Gewerkschaften ausübt, und ob die Hoffnungen, die von einem Teil der Gewerkschaften gehegt werden, sich erfüllen und überhaupt erfüllen können. Das innere wirtschaftliche Resultat des Krieges ist: Auf der einen Seite riesige Gewinne, auf der anderen Not und Elend. Die Klassegenossen müssen sich dadurch notwendigerweise verschärfen, die Arbeiterschaft wird durch Kämpfen entgegensteuern. Die Neuorientierung auf sozialpolitischem Gebiete ist dadurch entzweien. Wenn jemand glaubt, daß bei großen wirtschaftlichen Kämpfen die Regierung sich neutral verhält oder auf Seiten der Arbeiterschaft steht! An diese Neuorientierung kann ich nicht glauben. Die Regierung ist doch einmal der Nachhuter der Junta, des Kapitalismus. Die Arbeiterschaft gewinnt nichts durch den Krieg. Ich bedauere darum den Streit in der Partei. Ich will nicht untersuchen, wie in der Partei rechtfertigt oder unrechtfertigt ist oder die Schuld trägt. Der Streit ist in der Partei ausgesiedelt und zu klären und das Urteil auf dem Partitag zu fällen. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht in den Streit hineinmischen, wenn nicht auch eine Rechtfertigung der Gewerkschaften eintreten soll. Es ist bedauerlich, daß dieser Standpunkt der Neutralität nicht auch von der Generalkommission und dem Korrespondenzblatt eingenommen wird. In Vorstandskonferenzen hat man sich für die Rechtfertigung der Reichsregierung erklärtd und deren Politik als im Interesse der Gewerkschaften liegend bezeichnet. Es wird sogar gedroht, die Partei zu verlassen, wenn es nicht so geht, wie man es selbst will. Man sieht also so etwas in Aussicht, was der anderen Seite vorgeworfen wird. Die Folge ist, daß viele Mitgliedsversammlungen der Gewerkschaften sich mit dem Streit in der Partei beschäftigen und die eigentliche Arbeit dadurch vernachlässigen. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Partei hat ihre Arbeit selbst zu erledigen, wie wir uns von der Partei in unsere Angelegenheiten auch nicht hineinreden lassen können. Wie können wir, wo doch viele unserer Mitglieder keine Sozialdemokraten sind, der Partei Richtlinien vorschreiben? Wer nicht mit aller Kraft dagegen arbeitet, daß die Rechtfertigung der Gewerkschaften ferngehalten wird, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Aufgabe der Gewerkschaften ist, bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen; die können alle mitarbeiten, ganz gleich, ob sie rechts oder links stehen.

Der Redner gibt dann noch einen Ausblick, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nach dem Krieg gestalten werden, die besonders die Einigung der Arbeiterschaft notwendig machen. Er legte eine Resolution vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist und besagte:

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands steht in der Stärke und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht bloß des eigenen Berufes, sondern auch der aller Klassebewußten Arbeiters Deutschlands eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der nach dem Kriege die Arbeiterschaft bedrohenden wirtschaftlichen und machtpolitischen Gefahren. Der Verbandstag betont deshalb, daß niemand mehr als alle die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein hohes Gut sei, das zu gefährden oder in Frage zu stellen mit aller Kraft und Vorstoss verhindert werden soll.

Der Verbandstag verachtet sich nicht, daß die tiefen Meinungsverschiedenheiten in der politischen Arbeiterschaftsbewegung auch auf die Mitglieder unserer und der anderen Gewerkschaftsorganisationen, wie auch auf ihre leitenden Männer einwirken müssten. Aber diese Kämpfe sollen auf dem Boden der politischen Organisationen ausgefochten werden.

Niemals mehr als jetzt ergibt sich die Arbeitsteilung der Arbeiterschaftsbewegung und die Einhaltung der Grenzen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterschaftsbewegung als eine Notwendigkeit. Die vor dem Kriege stets bekannte Neutralität der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft in politischer Beziehung darf heute nicht gering gewertet oder gar beiseite geschoben werden, wo der Streit in der politischen Arbeiterschaft zerstörend hinübergezogen droht auf die gewerkschaftlichen Arbeiterschaftsbewegungen.

Im Sinne der von den Führern der Gewerkschaftsbewegung früher mit aller Entschiedenheit betonten Neutralität, bedauert der Verbandstag die politische Stellungnahme der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und ihres Korrespondenzblattes, die auch in Widerspruch stehen mit der von Genossen Legien erst am 1. Februar 1916 der Verhandlungen über das Vereinigungsrecht notwendig und für die Gewerkschaften förmlich betonten Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften.

In diesem Sinne fordert der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands alle Organe der Gewerkschaften auf, im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung unbedingt Neutralität zu halten in dem politischen Streit, der die Arbeiterschaftsbewegung zerstößt.

Der Verbandstag verlangt von dem Vorstand die Fortsetzung seiner bisherigen neutralen Haltung in allen Streitigkeiten der sozialdemokratischen Partei, um so diesen Streit von unserer Organisation fernzuhalten, um unsere Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder nicht zu erschweren und um zu verhindern, daß Mitglieder unter Verzerrung auf die Differenzen in der Arbeiterschaftsbewegung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

In der Diskussion bezeichnet zunächst Reichsabgeordneter Voß (Gotha) die gestern gegen die Redaktion gemachten Vorwürfe als unbegründet. Aus den Kollegenkreisen seien ihm viele Zustimmungserklärungen zugegangen. Die Frankfurter Resolution sei von der Redaktion stilistisch eingehalten worden. (Widerspruch) Im übrigen erklärt sich Redner mit dem größten Teil der Ausführungen Simons einverstanden. Die Generalkommission trogt ein großes Teil der Schuld, wenn ein Zwiespalt in die Gewerkschaft gezaugt würde. Sie glaubt, daß durch ihre Politik die Regierung den Gewerkschaften mehr Entgegenkommen zeige. Dafür sei aber nicht das geringste Anzeichen vorhanden. Der Vorwurf ist mit Entschiedenheit dagegen, daß man die Minderheit als Parteivertreter bezeichnet. Wenn er sich von der Mehrheit abgesondert habe, dann aus innerer Überzeugung. Ihm sei nichts Heiliger als die Einheit der Partei; noch heiliger sei ihm aber die Einheit der Grundsätze der Partei, die er hochhalten wünsche.

Der Vertreter der Generalkommission, Silberschmidt (Berlin), untersucht, ob das, wofür die Generalkommission beschuldigt wird, in Partizipangelegenheiten sich eingemischt und dadurch den Streit in die Gewerkschaften getragen zu haben, auftrifft. Wenn nun Neutralität der Gewerkschaften geprägt wird, muß man wissen, daß diese war, daß die Gewerkschaften in ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit der Partei getreten sind. Damals haben manche Gewerkschaften dagegen Bedenken gehabt. Seit dem Mainheimer Parteitag ist aber die Neutralität der Gewerkschaften durchbrochen. Um die Einigkeit und Geschlossenheit, die Macht der Arbeiterschaft zu stärken, kann man zu dieser Vereinbarung. Seit dieser Zeit haben Generalkommission und Parteivorstand alle wichtigen Fragen gemeinsam besprochen, und seit dieser Zeit ist eine größere Stabilität der Gewerkschafts- und Parteidienstorganisationen zu verzeichnen. Für die Gewerkschaften ist es nun wichtig, ob die Partei, mit der sie dieses Verhältnis eingegangen ist, ihre Einheit behält; sie hat Interesse daran, von diesem Körper selbst fernzuhalten, was eine Sichtung und Schwächung seiner Kraft, seines Einflusses sein könnte. Von diesem Standpunkt aus hat die Generalkommission die Pflicht, ein wachsendes Auge darauf zu halten, die Wehrkraft, die der Partei droht, abzuwenden. Die Generalkommission empfiehlt daher den Gewerkschaften, alles zu tun, um eine Peripherisierung der Partei zu verhindern, da diese auch eine Schwächung der Gewerkschaften sein würde.

Naat gewich. Der Redner bespricht dann die von der Vorstandskonferenz gegen die Sonderbündelte gejagte Entschließung. Simon legt diese falsch aus. Für die Gewerkschaften handelt es darum, ob die Spaltung der Partei, die Trennung der Partei, im Interesse der Gewerkschaften liege. Sie muß warnen und protestieren, wenn die Vorwürfe liegen. Die Vorstandskonferenz hat die Entschließung einstimmig gefaßt. Die Urteile, doch ein Parteikreis besteht, liegen nicht bei der Generalkommission, sondern bei denen, die die Unrechtfertigung der Partei noch außen dringen liegen, die das demokratische Prinzip verleugnen. Die Generalkommission hat ihre Stellung nicht eingenommen, um von der Regierung Anerkennung und Verständnis zu erhalten, sondern weil sie sich für verpflichtet fühlt, für das Land, wenn es in Gefahr ist, einzutreten und die Gefahr von ihm abzuwenden. Man sollte darum der Generalkommission keine falsche Worte unterscheiden. Silberschmidt wandte sich dann gegen die vorliegende Resolution, die von solchen Vorwürfe ausgingen.

Simon erwiderte sofort auf die Ausführungen Silberschmidts, die um den Kern der Sache herumgegangen seien. Bei den in Worms vereinbarten Bedingungen könne es sich doch nur um eine vorherige Verständigung handeln in Fragen, die Gewerkschaften und Partei gemeinsam betrifft, bei sozialpolitischen Fragen um einzelne Gewerkschaften wollten die Partei noch einer gewissen Freiheit drängen; darin müsse eine unzulässige Beeinflussung der Partei betrachtet werden. Die jetzige Stellungnahme der Gewerkschaften würde sich später einmal ändern können. Simon widersprach dann der Ansicht Silberschmidts, daß die Aenderung des Reichsverfassungsgesetzes einen Fortschritt bedeute.

Voß (Gotha) polemisierte dann ebenfalls gegen Silberschmidt. Er betonte, die Spaltung in der Partei sei gekommen, weil die Grundsätze der Partei in der Partei nicht gewahrt worden seien.

Der Vormittag des dritten Verhandlungstages war der Aussprache über die Resolution gewidmet, die Anträge waren geteilt, und zwar sowohl der Vertreter aus Groß- als auch Kleinstädten. Am Vormittag des vierten Verhandlungstages folgten Schlussworte, wobei Simon, einem Vorschlag Silberschmidts folgend, seine Resolution änderte. Er zog den Abstich 4, der von der Generalkommission und dem Korrespondenzblatt handelt, zurück und fügte den Abstich 5 hinzu:

Der Vorstand wird beantragt, bei der Generalkommission zu beantragen, daß die Frage der Fernhaltung des Parteistreits von den Gewerkschaften auf die Tagesordnung einer Vorstandskonferenz gelegt wird, die abzubilden einstehen ist. Der Verbandstag erwartet, daß diese Konferenz die geplanten Maßnahmen ergreift, durch die das Übergreifen des Parteistreits auf die Gewerkschaften verhindert und damit die Gefahr der Partei-Spaltung und Schwächung dieser Organisationen unmöglich wird.

In dieser Fassung wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Sportliche Veranstaltungen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Frankfurt a. M. Sonntag den 25. Juni: Wanderung nach der Perle des Odenwaldes, Bensheim—Andenauer Höhe—Schierbach—Lindensiedel—Winkel—Hohenstein—Reichenbach—Fürstenlager—Küllerbach. — Abfahrt 8.30 Uhr. Fahrt preis 4. Klasse 2 Mk. Gäste willkommen.

Heldpost.

R. R. in B. Mk. 2.55 dankend erhalten. — Wehrmann Gabriel. Beitrag Mk. 2.55 ist eingegangen. Zeitung ist mit 4. Oktober 1916 bezahlt. — Tambour Leichterhammer. Mk. 1.15 dankend erhalten.

Wegen ungenügender und falscher Adressen kann zurück:

Genadier Herd. Meyer, Wehrmann Boni, Peter Christian Haf, Musketier Sein (verwundet), Wehrmann Herrlich.

Falls Angehörige die genaue Adresse besitzen, bitten wir um deren Angabe.

Die Expedition der „Volksstimme“.

Neues aus aller Welt.

Todesurteil. Das Schöpfergericht in Weimar hat den Knochen Otto Beußen, der seine Geliebte durch Ertragen im Wasser getötet hatte, zum Tode verurteilt.

Telegramme.

Amerika und Mexiko.

Washington, 23. Juni. (W. B. Richtamlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Der mexikanische Gesandte hat bei Bunting Auseinander gesetzt darüber, daß General Pershing Casa Grans befreit hat. Er erklärte, dieses Vorgehen bedeute eine offene Feindseligkeit.

Washington, 23. Juni. (W. B. Richtamlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Es sind Anzeichen für einen friedlichen Vergleich mit Mexiko vorhanden. Doch ist Präsident Wilson entschlossen, die schärfsten Maßregeln zu ergreifen, wenn seine Bemühungen zu einem Vergleich scheitern sollten.

Englischer Tagesbericht.

London, 23. Juni. (W. B. Richtamlich.) Amtlicher Bericht vom 22. Juni: Nach Sprengung eines außerordentlich großen Minenüberschusses uns der Feind mit Artilleriefeuer und drang morgens in der Nähe von GivENCHY in unsere Städte ein. Wallische Kavallerie unternahm sofort einen Gegenangriff und warfen den Feind, der schwere Verluste erlitt, vollständig hinaus. Wir beobachteten nichts bei der Hohenloherlinie; eine Mine sprang und besetzte den Raum des Feindes. Heute herrsche überall Ruhe.

Türkischer Tagesbericht.

Konstantinopel, 23. Juni. (W. B. Richtamlich.) Bericht des Hauptquartiers: An der Straßenseite ist die Lage unverändert. Infolge von Angriffen unserer Truppen wurden die Russen, die im Engpass von Balaklava befinden, aus diesem in östlicher Richtung auf Rückzug zurückgeworfen. Der Engpass von Balaklava liegt 80 Kilometer östlich von Kast Schirin in einer bergigen Gegend. Wir haben festgestellt, daß infolge des Treffens am 18. Juni, das nördlich des Engpasses zwischen persischen Kriegern und russischen Reitern stattfand, die Russen in Unordnung zurückgeworfen wurden. An der Hauptstrasse fehlte ein wichtiges Ereignis. Im Benteuertal schossen ein feindliches Artilleriegeschütz auf. Ein feindliches Kriegsschiff warf auf der Höhe von Tenedos einige Geschosse auf die benachbarte Küste und zog sich darauf zurück. Ein anderes Kriegsschiff, das bei Phocaea und der Insel Leukas vorgegangen war, suchte in der Richtung auf Phocaea die hohe See auf. Von den anderen Fronten ist nichts Wichtiges zu melden.

Wiesbadener Theater.

Römisches Theater.

Freitag, 23. Juni, 7 Uhr: „Robert und Bertram“. **Samstag, 24. Juni, 7 Uhr:** „Figaro's Hochzeit“. **Sonntag, 25. Juni,**